

Sächsisches Volkszeitung

Wochenpreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit Multireter Beilage 12,75 M. Ausgabe B 11,25 M
einjährlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 30 Pf.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Erscheinung der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die
Werbepreisliste aller Anzeigen 1,40 M. im Voraus. - Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch
Sprechrohr aufgebundene Anzeigen können wie die Benennungspflicht für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Deutschnationales Liebeswerben

Einen eigenartigen Propagandacifer entfaltet neuerdings
die Deutschnationalen Volkspartei in katholischen Kreisen. Das
ist an sich ihr gutes Recht. Vom Standpunkte der Entgiftung
des öffentlichen Lebens von der konfessionellen Verbeugung
kann ein solches Vorgehen geradezu begrüßt werden. Es könnte so
aussehen, als würde hier ein alter Gedanke des Zentrums aus
neuem Verwirklicht, als sollte eine politische Einheit
gegen die Mächte des Unglaubens und der Verwirrung
geschaffen werden. Aber die Geschichte der letzten fünfzig Jahre
ist nicht dergestalt. Das Zentrum hat vom ersten Tage seines
Bestehens Wert darauf gelegt, daß es keine katholische Partei,
sondern die Partei aller positiv gläubigen Christen sei. Das hat
zum Beispiel Windthorst in den ersten hiesiger Reden
wiederholt mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Damals waren
es die konservativen Vorläufer der Deutschnationalen Volkspartei,
die ihre Partei als die Vertreterin der evangelischen Interessen
hinstellten, und die das Zentrum in der äbelsten Weise als römisch
bekämpften.

Als nach der Revolution die Deutschnationalen Volkspartei
auf den Plan trat, hatte sie selbstverständlich aus der Geschichte
gelernt. Sie hatte es erlebt, daß ein der stärksten Fundamente
des Zentrums keine konfessionelle Weite ist. So begannen von
dieser Seite alsbald zwei Nachenschaften: Das Zentrum mußte
als konfessionell getrennt werden und die eigene Partei mußte
wenigstens den Anstrich der konfessionellen Unparteilichkeit
erhalten. Dabei ergaben sich zwei wesentliche Momente. Wenn
das Zentrum als katholischen hingestellt wurde, so mußte der
katholische Charakter verdrängt und verdeckelt werden. So
hatten die alten Konservativen in der neuen Partei das große
Wort. Ein Mann, wie der Direktor Pastor Stuhmann,
der nicht irgendeiner ist, sondern deutschnationaler Abgeordneter
im preussischen Landtage, konnte noch kürzlich schreiben:

„Ich will nicht die schwerwiegende Sonderfrage nach den
unheilvollen Einflüssen stellen und beleuchten, welche das römische
Papsttum durch seine Mauerbrecher, die Jesuiten, auf den
Gang der weltpolitischen Ereignisse in und nach dem Weltkrieg
angewirkt hat und noch ausübt, auch nicht die weitere Sonder-
frage nach der ebenso unheilvollen Rolle, welche diese Einflüsse
im innerpolitischen Leben unseres Volkes spielen... Der Roma-
nismus vermaterialisiert, verhofft, verabsichtigt, verabschiedet,
verneint, verneint, das Wesen des Reiches Gottes, und dadurch
läßt er den Pluch des Antichristentums auf sich... Schwärz-
gelehrte und schwarze Internationalen als Gegenstand und als
Wegensatz zu der Internationalen des Kreuzes - das ist das
Kriegsprogramm der Menschheit im Lichte des letzten Heils.“

Es ist also doch nicht nur der „Reichsbote“, den die Deutsch-
nationalen mit seinen ant-katholischen Geschäftigkeiten sehr
abschließen möchten, der diese Sprache redet. Der deutschnationalen
Abgeordnete Pastor Stuhmann ist dem „Reichsbote“
weit über.

Das ist die eine Seite. Andererseits liegt es den Deutsch-
nationalen daran, Pönersang in katholischen Kreisen zu treiben.
Die Werbereise des Theologieprofessors (katholisch) Dr.
Hiesche ist ein neuer Beweis dafür. Welcher Art diese
Ratholikenfreundschaft der Deutschnationalen ist, darüber läßt
der weitreichende Pastor Stuhmann auch ein wenig den Schleier:

„Der deutsche religiöse Katholizismus wird von dem Vor-
wurf eines antichristlichen, weil materialistischen Wesens
nicht getroffen... Ich sehe im Geiste den Tag kommen, wo
auf deutscher Erde der religiöse Katholizismus den roma-
nischen Einschlag ausschleiden und mit dem bibelgläubigen Pro-
testantismus das große Verfallsfest einer Kirche, einer
deutschen christlichen Kirche, feiern wird.“

Darauf also läuft letzten Endes der Werberummel hinaus.
Und nun begründet man vielleicht, warum die Deutschnationalen
so gern über Evangelische, die ins Zentrum gehen, die Befürchtung
ausprechen, daß sie mit vollen Segeln in den Antichristen-
tum steuern. Man traut, was man selber denkt und tut, wie-
der einmal anderen zu. Der deutsche Protestantismus, der
durch die Geschichte in der Deutschnationalen Volkspartei
verwurzelt ist, rüstet sich, sein altes Ziel, die deutsche evangelische
Nationalkirche, endlich zu erreichen. Ganz unterhält wird es
schon angebetet und ausgesprochen, daß auch katholische Kreise
für diese Idee gewonnen werden sollen. Die Brücke dazu ist
die sogenannte gemeinschaftliche nationale Basis. Die Deutsch-
nationalen haben bekanntlich ihre Ziele weit gestellt. Sie müssen,
sobald ihre Stunde noch nicht gekommen ist. Sie rüsten sich aber
darauf, einen Zustand zu schaffen, der in zentralistischer Ver-
fassung auch auf dem Gebiete des Glaubens alles das weit zu-
erhalten wird, was Deutschland unter der Dismarschen Wera
des Kulturkampfes erlebt hat. Das Zentrum aber sollte die
Augen offen halten und darüber nachdenken, daß keiner seiner
gläubigen Anhänger dem deutschnationalen Liebeswerben zum
Opfer fällt.

Das Steuerprogramm der Reichs-
regierung

Das durch den Reichskanzler Wirth seinerzeit noch vor
dem Auseinandergehen des Reichstages der Öffentlichkeit in
großen Umrissen gezeichnete Steuerprogramm der Regierung
liegt nun im wesentlichen vor. Nach langwierigen und, wie
man ausprechen dürfen, auch recht temperamentvollen Beratun-
gen hat das Reichskabinett über ein gewisses Programm sich nun
geeinigt. Die Beratungen sind damit aber noch nicht abge-
schlossen, ja die eigentlichen prinzipiellen steuerpolitischen Pro-
bleme können jetzt erst in Angriff genommen werden. Was
wir auf Grund des soeben von der Reichsregierung der deut-
schen Öffentlichkeit mitgeteilten Finanzprogramms erfahren, ist
ein Grunde doch nichts anderes als die Anlehnung an schon Ver-
stehendes, an den Ausbau und die Erweiterung vorhandener
Steuerquellen, während man sich bis jetzt wenigstens von einer
grundrisslichen Auseinandersetzung über die ganze organische
Umgestaltung unseres Steuer- und damit Wirtschaftssystems
verhalten hat.

Wir sehen in dem vorläufigen Steuerprogramm der
Reichsregierung eine Erhöhung der Zuckerversteuerung von
14 auf 100 Mark für 100 Kilogramm. Daneben eine Er-
höhung der Steuer für die Süßstoffe. Die
Branntweinabgabe wird von 800 auf mindestens 4000
Mark für einen Hektoliter erhöht. Ueberaus große Belastung
erfahren die Verbrauchsteuern. Die Verbrauchsteuern
werden auf das Vierfache erhöht, verdoppelt wird
die Zündwarensteuer und Mineralwassersteuer. Ebenfalls um
das Vierfache erhöht wird die Biersteuer. Auch die Tabaksteuer
wird eine Erhöhung erfahren durch
den Fortfall bisheriger Ermäßigungen. Eine kräftige Erhöhung
erfahren die Zölle auf Lebensmittel, die vorwiegend dem Luxus
dienen. Das unter solchen Luxus auch Kaffee, Tee und Kakao
gefaßt werden, ist weniger erfreulich zu vernehmen. Ganz
außerordentlich ist die Erhöhung auf die Kohlen-
steuer, die von bisher 20 Prozent auf 30 Prozent heraufge-
setzt wird. Die Kraftfahrzeugsteuer werden einer Verteuerung
unterworfen unter Einbeziehung der Kraftfahrzeuge. Stark
herangezogen werden künftig auch die Versicherungen. Feuer-
versicherungen auf unbewegliche Gegenstände sollen in Zukunft
50 Pfennig, auf bewegliche Gegenstände 40 Pfennig für 1000
Mark betragen. Für Lebensversicherung werden 4 v. H. der
Prämie bezahlt werden müssen.

Die Umsatzsteuer wird verdoppelt werden. Dadurch
kann man, mit einem Schlage ein ganzes Bündel von Milliar-
den für den Reichschatel zu gewinnen. Durch die Verteuerung
der Kennzeichen soll diese heute allerdings außerordentlich
großere Reibschicht für die Reichsbudgetbedürfnisse nutzbar
gemacht werden. Ob durch die vorgesehene Zulassung von
Wachsmaschinen die Volkswirtschaft gehoben wird, ist eine Frage,
die man sich dabei doch auch ernstlich vorlegen muß. Einen dicken
Kostens in dem Programm bildet der Vorschlag, die Körper-
steuern zu erhöhen bei den Erwerbsteuern auf 30 Pro-
zent des gesamten steuerbaren Einkommens festzusetzen. Das
ist ein ganz gewaltiger Einbruch, der durch den Wegfall des
berühmten Vermögenssteuern noch erhöht wird. Eine Kapital-
verkehrssteuer soll weiterhin dazu dienen, die ganze Welle
der der Kapitalbildung dienenden Vorgänge steuerlich zu er-
fassen. Besonders ist dabei gedacht an die steuerliche Veran-
sachung von Gründungen von Gesellschaften, die ja in letzter
Zeit wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Die Aktiengesell-
schaften sollen mit 7 Prozent belastet werden. Dem Kapitalber-
kehr an der Börse wird durch dieses Gesetz besonders zu Leibe
gerufen. Ramentlich der Dividendenhandel wird auf diese
Weise zu erfassen gesucht. Man versteht es nicht recht, warum
man gerade diese letzte steuerliche Maßnahme gewissermaßen
nur in der Mehrzahl zeigt. Denn kann auf einem ande-
ren Gebiete werden von den letzten Volkswirtschaften so viel
Spekulationen betrieben, wie auf dem der Dividenden und der
andwärtigen Banknoten. Hier liegt ja auch mit ein Grund
für die fortwährende Verschlechterung der Mark.

Die Hauptlinie des Steuerprogramms bildet aber doch der
Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Hier haben
wir die sogenannte „Veredelung“ des Reichsnotopfers vor
Augen. Man will mit diesem Gesetz der Veränderung des Geld-
standes, die seit dem Notopfererlass, dem 31. Dezember 1919,
eingetreten ist, gerecht werden. Das Reichsnotopfer soll in der
Weise ausgebaut werden, daß an seine Stelle eine laufende
Vermögenssteuer mit einem zeitlich begrenz-
ten Zuschlag treten soll. Soweit gesetzlich die Erhebung
eines Teiles des Notopfers beschlossen ist, soll es dabei sein
Verwendet werden. Der ganze Rest aber soll unter diese laufende
Vermögenssteuer fallen. Dadurch werden alle neu gebildeten
Kapitalien erfasst. Man denkt sich die Veranlagung in Ab-
schritten von etwa drei zu drei Jahren. Die laufende Ver-
mögenssteuer wird 0,05 bis 1 v. H. betragen, bei nicht pönitischen
Personen 1,5 vom Tausend. Auf diese Steuer ist aber noch auf
die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag vorzulegen, der für pönitische
Personen 300 Prozent, für nichtpönitische Personen 150
Prozent beträgt. Gemeinnutzen als Ergänzung zu dieser
Gesetze ist ein Vermögenszuwachsgehalt in Aussicht
genommen, daß an die Stelle des geltenden Vermögenssteuergesetzes
treten soll. 100 000 Mark Vermögen und 25 000 Mark Zuwachs
sollen steuerfrei bleiben. Darüber hinaus werden die ersten
100 000 Mark mit 1 Prozent versteuert, die die Stellung
erreicht bei 6 Millionen Mark Zuwachs den Höchstfuß von 10 Pro-
zent. Ein weiteres Gesetz will den Vermögenszuwachs
aus der Nachkriegszeit erfassen, und zwar mit 6 bis
30 Prozent, wobei Vermögen bis zu 20 000 Mark und ein Zu-
wachs von nicht mehr als 100 000 Mark steuerfrei bleiben sollen.
Diese Vermögenssteuer steht aber auch erst im nächsten Rahmen
fest, aber alle Einzelheiten muß das Kabinett noch Beschluß
fassen.

Die Berliner Presse zu den Steuer-
plänen

Berlin, 8. August. Ueber die Steuerpläne des Reichskabi-
nets äußert sich die Presse folgendermaßen:
Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Das vor-
stehende Steuerbudget ist das umfangreichste und farbenfreu-
digste, das dem deutschen Volke bisher beschert worden ist. Es
ist das Bulet der „Erfüllung“. Es stellt zunächst im
wesentlichen die Ausweitung der Pläne dar, die seinerzeit vom
Finanzministerium in Vorschlag gebracht worden sind. Damals
konnte es sich bekanntlich um Parallelarbeiten des Finanz-
ministeriums auf der einen und des Wirtschaftsministeriums auf
der anderen Seite, welche letztere sich besonders auf der Er-
fassung der Goldwerte aufbauten. Es zeigt sich, daß
man zunächst, nicht zuletzt wohl aus Gründen der praktischen
Durchführung, darauf verzichtet hat, die Goldwerte steuer-
mäßig auszumitteln. Die Steuer-Hausarbeit und Erwei-
terungen des Finanzministeriums sind leichter durchzuführen und
die Quellen schneller zu erschließen. Aber der Schlüssel der
entstehenden Anlehnung liegt ja mit aller Deutlichkeit, daß für
die Zuhaltung des Reiches mit der Hilfe der Repara-
tion noch nicht aller Tage Abend ist, und daß die wirtschafts-
ministeriellen Goldwertpläne weiterer Erwidrigung unterliegen
werden.“

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meint: Wenn
„noch auf anderem Wege“, als dem der Besteuerung, der Reichs-
regie die Regierung andeuten, zu den Lasten des Reiches heran-
gezogen werden soll, so deutet diese Absicht auf Bestrebungen
hin, denen sicherlich andere als solche gerechter Lastenverteilung
zugrunde liegen. Die bisherigen Andeutungen, die Reichskanzler
und Reichsfinanzminister Dr. Wirth nach dieser Richtung
getan hat, waren bereits deutlich genug. Sollten sie sich wirk-
lich zu konkreten Vorlagen verdichten, so würden sie nur nach
aller schwersten innerpolitischen Kämpfen durch-
zusetzen sein.

Die „Vossische Zeitung“ urteilt in folgenden Wor-
ten: „Das Programm, das hier vorgelegt wird, entspricht in
seinen wesentlichen Zügen den Ankündigungen, die bereits früher
durch die Presse gegangen sind, und den Ausführungen, die
der Reichskanzler und Finanzminister Dr. Wirth in seinen bei-
den Reden im Reichstage und im Reichswirtschaftsrat gemacht
hat. Sehr charakteristisch ist der Hinweis in der Begründung
der neuen Vermögensabgaben, daß die „direkten“ Steuern auch
weiterhin unter allen Umständen den „indirekten“ die Wage
halten sollen. Die Scheidung zwischen direkten und indirekten
Steuern ist bei der Größe des Finanzproblems, das wir zu
lösen haben, mehr parteipolitisch bedeutsam, als
finanzpolitisch fruchtbar, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß
die wirtschaftlichen produktions- und verbrauchspolitischen
Wirkungen der ausserordentlich angelegenen Vermögensbesteuerung
denen indirekter Abgaben sehr ähnlich werden. Man hat, so
scheint es, aus den Erfahrungen der Vorkriegsjahre Finanz-
reform nicht sehr viel gelernt.“

Das „Berliner Tagblatt“ äußert sich über die
Steuererklärung des Kabinetts wie folgt: „Sie muß auch die
einstimmigsten Gemüter schonen entschärfen. Die Erklärung
legnet sich damit, fünfzehn Steuerentwürfen nach ihren
Inhaltsstoffen zu registrieren und ein paar, oft ganz unklare, Andeu-
tungen daran anzufügen. Kein Wort über das veranschlagte
Ergebnis der Steuern, kein Wort darüber, wie denn nun
eigentlich die jährlich notwendige Summe von etwa hundert
Milliarden neuer Steuern aufgebracht werden soll. Denn ni-
mand wird ernstlich glauben, daß dieses Sammel-
einkommen ausreicht, um auch nur zwei Drittel der er-
forderlichen Gesamtsumme zu erreichen. Die Regie-
rung selbst schätzt die jährlichen Erträge, wie wir erfahren,
auf höchstens 80 Milliarden Mark. Selbst wenn dieser
Einkommens berechtigt wäre - wie soll der Rest gedeckt werden?“

Breitscheid über die Reichsregierung

Paris, 8. August. Der unabhängige Reichstagsabgeordnete
Dr. Breitscheid, der sich in Paris aufhält, veröffentlicht im
„Populaire“ einen Artikel, in dem er heißt:

Die augenblickliche deutsche Regierung sei der Auffassung
seiner Partei über die Notwendigkeit zu reparieren. Obwohl
sie die innere und die Finanzpolitik des Kabinetts
Wirth nicht teilt, so erfordere doch die Ehrlichkeit, anzu-
erkennen, daß dieses den ersten Wunsch habe, die Pflichten zu er-
füllen, die der Friedensvertrag von Versailles Deutschland auf-
erlegt habe. Die Regierung habe das Minimum nicht einzig
und allein angenommen, um das Land aus einer vorübergehenden
gefährlichen Lage zu retten, um Zeit zu gewinnen, sondern
wolle sie aufrichtig wünsche, endlich die Politik der klei-
nen und mittleren Klassen zu verlassen, um entschlossen den
Weg zu gehen, den das Gewissen und der Vertrag vordringen.
Man werde in Frankreich gegungen sein, anzuerkennen, daß
die Regierung sich nach dieser Richtung nicht bewegt habe,
Worte zu sprechen, sondern Taten folgen zu lassen. Die Regie-
rung habe auch ihre Unterwürigkeit nicht unter das Minimum
gefaßt, um Überschüssen zu retten. Sie habe einfach
gegan, was sie für nötig gehalten habe. In der Rede des Reiches
hat sie aber diese Bereitwilligkeit verlan. Aber er habe nicht
gefragt, daß Deutschland das Recht habe, Überschüssen unterteilt
zu verlangen. Deutschland hoffe, daß der Oberste Rat eine
Lösung finde, die das Ergebnis der Abstimmung berücksich-
tigt und Deutschland die Möglichkeit von Leben gebe.
Dr. Breitscheid sagt ferner, die Abstinenz würden bei den
bürgerlichen Parteien Unterstützung finden wenn der Oberste
Rat eine Entscheidung treffe, die das Industriegebiet Obersteu-
rens Polen anerkenne. In diesem Falle wäre das Ziel der
Regierung Wirth besiegelt. Entweder würde
sie sofort durch ein rechtsprechendes Kabinett ersetzt werden, oder
es würden neue Reichstagswahlen vorgenommen werden mit
der Lösung Überschüssen, die für die Nationalisten besonders
günstig ausfallen würden. So handle sich keineswegs um eine
Parteienfrage, wenn der Reichstagsminister verschwinde, sondern es
wäre eine Verantwortung für alle Nationen in Deutschland.
Dr. Breitscheid schließt den Artikel mit der Erklärung: Die
Reparationsfrage Europas müßte das politische Ziel aller Länder
sein. Eine Reinigung der französisch-deutschen Atmosphäre sei
deren grundlegende Bedingung. Außer Überschüssen bestehe eine
Reihe von Konflikten, die verschwinden müssen. Damit normale
Beziehungen zwischen dem französischen und deutschen Volke
möglich würden. Er wäge nicht, von einer Entente zu sprechen.

Die Ankunft in Paris

London, 7. August. Lord George und Lord Curzon
sind heute morgen mit der britischen Delegation nach Paris abgereist.
Paris, 7. August. Die französische Delegation beim Obersten
Rat legt sich zusammen aus dem Ministpräsidenten Briand, dem
Minister Rouher und dem Generalsekretär Berthelot.
Paris, 7. August. Der italienische Minister der auswärtigen
Angelegenheiten Marquis della Torretta ist heute abend in Paris
eingetroffen. Der italienische Ministerpräsident Bonomi wird erst
morgen früh vor Beginn der ersten Sitzung des Obersten Rates in
Paris einreisen.
Paris, 7. August. Der amerikanische Botschafter in London,
Oberst Darscy, der als offizieller Vertreter der Vereinigten Staaten
an der Sitzung des Obersten Rates teilnehmen wird, ist gestern
in Paris eingetroffen. Der japanische Delegierte Kajaba wird
gleichzeitig mit Lord George und Lord Curzon in Paris ankommen.
Die belgischen Delegierten, Außenminister Jaspers und Finanzminister
T. eunt, werden am Dienstag in Paris erwartet.